

NRW hat lange Tradition bei Integration von Migrantenkindern

Qualifizierte Unterrichtsangebote für Migrantenkinder zu sichern und weiterzuentwickeln, haben die Koalitionsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in einem gemeinsamen Antrag (Drs. 12/2552) verlangt und die Landesregierung aufgefordert, an den Integrationshilfen für Migrantenkinder festzuhalten und das bisherige Konzept des „Muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts“ weiterzuentwickeln. Ziel sei dabei, „die Integration unter uns lebender sprachlicher Minderheiten in das deutsche Schul- und Gesellschaftssystem zu fördern und den Ausbau von Zwei- und Mehrsprachigkeit als wesentlichen Bestandteil einer interkulturellen Bildung in einer international mobilen Gesellschaft fortzuführen und weiterzuentwickeln“. — Der Antrag wurde Ende November vom Plenum einstimmig an den federführenden Ausschuß für Migrationsangelegenheiten überwiesen.

Vera Dedanwala (SPD) forderte für die sehr heterogene Gruppe der Migrantenkinder im Lande — sie bezifferte ihre Zahl auf 473 000 —, daß erstes Ziel das Erlernen der deutschen Sprache sein müsse. Genauso gleichwertig sei das Ziel, diese Kinder in ihrer Herkunftssprache zu fördern. So nannte sie es denkbar, „Türkisch als eine auch als Fremdsprache anerkannte Zweitsprache im Rahmen der Abschlußvergaben anzuerkennen“. Unerlässlich sei auch die ständige Fortbildung der Lehrkräfte, die Unterricht in der Herkunftssprache erteilen.

Christiane Bainski (GRÜNE) sah ein Angebot in der Herkunftssprache als unverzichtbar an, denn je besser ein Kind die Sozialisationsprache beherrsche, desto besser könne es eine zweite oder dritte Sprache erlernen. Die Herkunftssprache sei von zentraler Bedeutung für die Entwicklung und das Selbstbewußtsein. Und nur so ließen sich schulische und berufliche Erfolge sicherstellen. Sie hoffe auf Angebote an den Schulen, die allen Migrantenkindern eine Eingliederung in das Bildungs- und Ausbildungssystem ermöglichen, bei gleichzeitigem Erhalt der Partizipationsfähigkeit in beiden Kulturen.

Oliver Wittke (CDU) sah seine Hoffnung auf einen großen Wurf mit der Vorlage des Koalitionsantrags enttäuscht: Es sei ein bißchen zu wenig, an den bisherigen Maßnahmen festhalten zu wollen. Wittke: „Bei aller Stärkung muttersprachlicher Kompetenz ist es wichtig und notwendig, daß die deutsche Sprache absolut im Vordergrund steht.“ Nur das Beherrschen der deutschen Sprache werde zu sinnvoller Integration führen. Im übrigen stehe im Antrag nur das, was Regierung und Ressortministerin seit Jahren (und ohne daß es dazu eines Parlamentsbeschlusses bedurft hätte) in eigener Kompetenz hätten regeln können.

Schulministerin Gabriele Behler (SPD) wies unter Bezug auf die Schulstatistik dar-

Ein „Jahr des Schulsports“ soll im Schuljahr 1999/2000 im Land begangen werden. Dazu hat der Landtag aufgrund eines Antrags der Koalitionsfraktionen (Drs. 12/2553) die Landesregierung aufgefordert und den Antrag (wie den der CDU) Ende November einstimmig an den federführenden Sportausschuß überwiesen. Gegenstand der Beratung war auch der Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 12/2540), in dem vor dem Hintergrund zunehmender Gesundheitsschäden die Gewährleistung von drei Wochenstunden Sportunterricht und die Schaffung der dafür erforderlichen Rahmenbedingungen gefordert wurden.

Dr. Annemarie Schrapf (CDU) skizzierte die Lage des Schulsports so: drei bis zehn Prozent Stundenausfall, keine Fachlehrer an den Grundschulen. Statt Grundvoraussetzungen zu schaffen, suche die Landesregierung ihr Heil in Programmen wie „Kompensatorischer Sport“. Aber: „Nach meiner Meinung fehlen dem Sportunterricht in Nordrhein-Westfalen keine Programme, sondern Grundsatzentscheidungen, mit denen der Sport wieder auf feste Füße gestellt wird.“ Dazu gehörten funktionierende Sportstätten und entsprechende Lehrkräfte.

Dr. Hans Kraft (SPD) wies die Vorwürfe zurück; die Landesregierung habe sehr wohl gehandelt, es habe jede Menge Initiativen, Gesundheitserziehung in der Schule, Unfallverhütung in der Schule und Programme, Symposien, Veranstaltungen und Fortbildungsmaßnahmen gegeben. Die dritte Stunde etwa in der Grundschule sei fest zugesagt, die Richtlinien des Landes zum Schulsport seien die besten in der Republik. Kraft schlug vor, das Trennende beiseite zu lassen und das Gemeinsame im Sinne der Schülerinnen und Schüler zu suchen.

Gerd Mai (GRÜNE) hielt nichts davon, vom Schulsport die Kompensation all dessen zu verlangen, was in Gesellschaft und Familie

Schulsport für die Gesundheit wichtig

falsch laufe. Sport könne man nicht verordnen, sondern sei eine freiwillige Angelegenheit, die sich zudem für neue Inhalte und Methoden von Bewegung, Spiel und Sport öffnen müsse. Sportpädagogik habe sich um Kinder zu kümmern, die sportschwach, leistungsschwächer und vom Sport enttäuscht seien.

Sportministerin Ilse Brusis (SPD) erinnerte an den Bericht zum Schulsport, vorgelegt Ende vergangenen Jahres von der Landesregierung, die zu dem bekenne, was erreicht worden sei, von der CDU allenfalls in einem Nebensatz erwähnt werde. Die kündigte an, die Richtlinien für das Fach Sport würden fortgeschrieben — nicht nur unter Beteiligung der Wissenschaft, sondern auch der Schulpraxis. Es gebe ein Programm „Mehr Bewegung in die Schule“, das an 21 Standorten gestartet sei und die Aktion „Schulsport plus“, deren Beispiele ausstrahlen sollen. Es seien aber große Anstrengungen nötig, „damit Spiel und Sport und Bewegung im Leben der Kinder und Jugendlichen wieder einen angemessenen Platz bekommen“.

Bernhard Recker (CDU) nannte das alles „Aktionismus pur“, der Antrag von SPD und GRÜNEN zeige keinerlei konkrete Hilfe. Das angekündigte „Jahr des Schulsports“ allein, ohne viele kleine Einzelschritte zur Verbesserung der Situation, „nutzt niemandem und ist Augenwischerei“.

Tut die Landesregierung für den Schulsport genug oder nicht — darüber waren unterschiedlicher Meinung (v. l.): Dr. Annemarie Schrapf (CDU), Dr. Hans Kraft (SPD), Gerd Mai (GRÜNE) und Sportministerin Ilse Brusis (SPD). Fotos: Schälte



auf hin, der Schulerfolg von Kindern und Jugendlichen ausländischer Herkunft habe sich in den letzten Jahren deutlich verbessert, aber: „Gleichzeitig finden wir die gegenteilige Situation vor.“ NRW gehöre zu den Pionieren auf dem Gebiet der Integration, es habe da eine lange Tradition. Der Antrag, den die Landesregierung begrüße, stelle zurecht die Förderung der Deutschkenntnisse und die Pflege der Herkunftssprache in den Vordergrund. Die Ministerin erklärte, daß man die religiöse Erziehung als religionskundliche Unterweisung (und nicht als Religionsunterricht) der 240 000 Schulkinder muslimischen Glaubens ausbauen wolle.

Bernhard Recker (CDU) berichtete, es gebe erhebliche Vorbehalte gegen die Forderung einer Gleichstellung des Unterrichts in der Herkunftssprache mit einer Fremdsprache, denn dazu müßte ein qualifizierter Fremdsprachenunterricht eingefordert werden. Wichtig sei aber vor allem, daß den Kindern vernünftige äußere Rahmenbedingungen gewährt werden müßten, um Lernen möglich zu machen, etwa durch nachmittägliche Angebote. Es sei in höchstem Maße ungerecht und „schreie zum Himmel“, daß so etwas nur an Gesamtschulen möglich sei, an den anderen Schulformen, etwa der Hauptschule, aber nicht.